



© APA/Hans Punz

Corona-Debatte wird zur PR-Aufgabe

Krisenkommunikation auf der einen Seite, Parteidarstellung auf der anderen: ÖVP und FPÖ kritisieren sich gegenseitig.

••• Von Martin Rümmele

Die „Persönliche Erklärung“, die FPÖ-Parteiboss Herbert Kickl groß angekündigte, war kurz vor der OÖ-Wahl am Wochenende die Inszenierung eines ärztlichen Attests, dass er weder gegen das Corona-Virus geimpft noch von Covid-19 genesen ist. Der Versuch, damit die Impfgegner und Corona-Skeptiker hinter sich zu versammeln, ging nach hinten

los: Die FPÖ hat in Oberösterreich und Graz kräftig verloren, die neue Bewegung MFG zog hingegen auf Anhieb in den oö. Landtag ein.

FPÖ kann nicht punkten

Die FPÖ vermutet im Hinweis auf eine mögliche heimliche Kickl-Impfung und die Impfung zahlreicher FPÖ-Funktionäre eine ÖVP-Kampagne und zieht nun in Feld. Spätestens jetzt wird deutlich, dass die Corona-Politik zum Aktionsfeld von

PR-Strategen und Kampagnen wird. Mehr als 40 Mrd. € hat die Österreichische Bundesregierung bis Mitte September 2021 für Corona-Hilfsmaßnahmen ausbezahlt oder genehmigt. Mit einem breiten Maßnahmenmix sollten und sollen neben der Gesundheit der Menschen auch das wirtschaftliche Überleben von Unternehmen gesichert und Arbeitsplätze erhalten werden.

Die Maßnahmen wurden auch begleitend inszeniert, und wenn die Infektion wieder anstiegen

oder Maßnahmen wenig wirkten, wie die Hoffnung auf rasch verfügbare Impfstoffe, wurde schon einmal in die Trickkiste gegriffen: Von der Warnung, dass bald jeder jemanden kennen werde, der an Corona verstorben sei, über die – bis heute nicht erfolgte – rasche Beschaffung des russischen Impfstoffs Sputnik V bis zum Versprechen, dass der Sommer wie damals werde, reichte die Palette.

Der freiheitliche Mediensprecher Christian Hafenecker